

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

Die blauen Ameisen

Die Klagen über Zwangsarbeitslager von immensem Ausmaß in Rot-China sind während der letzten fünf Jahre nie verstummt. Das IAA schätzte die Anzahl der chinesischen Zwangsarbeiter auf etwa 25 Millionen. Diese Zahl liegt weit über dem, was aus der stalinistischen Sowjetunion bekannt wurde. Bei der Begründung für die Embargomaßnahmen des Westens und speziell der Vereinigten Staaten gegen Rot-China spielte das Argument, daß es unmoralisch sei, Waren zu kaufen, die durch Zwangsarbeiter billig hergestellt sind, eine wichtige Rolle. Die Pekinger Regierung aber bestritt seine Berechtigung und behauptete, daß sie nur „Arbeiterziehungslager“ für politisch widerspenstige oder kriminelle Elemente betriebe.

Unter diesen Umständen ist die Frage von arbeitspolitischer, aber auch von allgemeinpolitischer Bedeutung, ob China die neueste Wendung Moskaus in der Beurteilung des Zwangsarbeitersystems mitmachen wird. Beginnt es, sich den sowjetischen Reformen, deren Bedeutung nicht mehr verkannt werden kann, anzuschließen und schlägt es etwa einen Kurs ein, der ihm den Beitritt zur verbesserten Zwangsarbeitslager-Konvention ermöglicht, die die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) 1957 an die Stelle derjenigen von 1930 setzen will? Da Moskau während der Genfer IAO-Verhandlungen vom Juni dieses Jahres erklärt hat, daß es an der Ausarbeitung einer strenger gefaßten neuen Konvention zur „vollständigen Verhinderung aller Formen von Zwangsarbeit, ob versteckt oder offen,“ mitwirken wolle, und da es überdies die alte Konvention von 1930 ratifiziert hat, liegt die Annahme nahe, daß nun auch Peking seine Methoden gegenüber den „blauen Ameisen“ revidieren wird. So hatten westliche Durchreisende im Vorüberfahren die in billige blaue Tuche gekleideten Scharen der für Flußregulierungen, Straßenbauten oder Bewässerungsarbeiten eingesetzten Sträflinge getauft. Ober ihre Lebensbedingungen konnte die Weltöffentlichkeit nur wenig in Erfahrung bringen.

Da ist es erfreulich, daß eine große deutsche Tageszeitung, die „Frankfurter Allgemeine“, die im Sommer 1956 ihre Ostasien-Korrespondentin, *Lilly Abegg*, das Reich der Mitte durchreisen ließ, in die Lage kam, einen durch persönlichen Augenschein gewonnenen Bericht über ein Zwangsarbeitslager zu veröffentlichen. Er betraf das Lager Tsing-ho, das unweit der Bahnlinie Tientsin—Mukden gelegen ist. Die

dort Festgehaltenen gehören der sogenannten dritten Kategorie der Verurteilten an. Sie haben hohe Strafen von über fünf Jahren erhalten. Frau Abegg, die als zuverlässige und sehr umsichtige Berichterstatterin (gegenwärtig mit Sitz in Tokio) bekannt ist, bemüht sich um eine nüchterne, von ideologischen Nebenerwägungen freie Beurteilung. Sie vermerkt, daß diese Zwangsarbeiter in hektischem Arbeitstempo schafften und, wenn sie auch als echte Chinesen zur Begrüßung aufschauten und lachten, doch „die Mienen arg zusammengestauchter Menschen trugen“. „Ein Gemisch von psychischem Elend, verängstigtem Mißtrauen und heimlichem Groll stand auf ihren Gesichtern geschrieben.“

Frau Abeggs zusammenfassendes Urteil lautet: „Im Tsing-ho-Lager befinden sich nur Gefangene, die zu höchstens fünfzehn Jahren verurteilt sind, also zwar solche mit hohen, aber keine mit Höchststrafen. Wenn schon diese Sträflinge auf den Besucher düster wirken, wie muß es dann erst in einem Lager sein, in dem zum Tode Verurteilte buchstäblich um ihr Leben arbeiten? Ein Ausländer hat einmal ein derartiges Lager besucht und sagte, er habe nie so etwas Entsetzliches gesehen. Nach dem chinesischen Gesetz kann das Todesurteil aufgehoben werden, wenn der Verurteilte zwei Jahre lang zufriedenstellend arbeitet. Aber es kommt vor, daß manche nach dieser Frist keinen endgültigen Bescheid erhalten, so daß sie, nicht wissend, ob sie doch noch hingerichtet werden, aufs Ungewisse weiterfronen.“ Im Lager Tsing-ho machten die politischen Sträflinge zwei Fünftel der Insassen aus.

In den Lagern der ersten und zweiten Kategorie (bis zu zwei und von zwei bis fünf Jahren) gehe es indessen durchaus nicht so deprimierend zu. „Von den Gefangenen der leichtesten Kategorie vermochten wir nur wenige auffindig zu machen, da sie morgens nicht in Gruppen, sondern einzeln und unbewacht ihr Lager verlassen, um — oft in Gemeinschaft mit gewöhnlichen Bauern oder Arbeitern — irgendwo zu arbeiten. Indessen trafen wir verschiedene Gruppen der mittleren Kategorie, die eigentlich ebenfalls von gewöhnlichen Landbewohnern kaum zu unterscheiden waren. Sie arbeiteten nicht krampfhaft, aber fleißig, wie das schließlich jeder chinesische Bauer tut. Unter ihnen waren einige ausgesprochen fröhliche Trupps von Leuten, die den ausländischen Besuch offensichtlich als eine vergnügliche Abwechslung empfanden.“

Dies Tsing-ho-Lager war eingeteilt nach Kategorien, und vor der Abteilung der leichten Kategorie standen überhaupt keine Wachen. Es betrieb eine staatliche Kollektivfarm mit 3800 Sträflingen, 2500 entlassenen Sträflingen, 500 Verwaltungsfunktionären, 400 Wachsoldaten und über 1000 Familienmitgliedern der Sträflinge. Von den entlassenen Sträflingen

habe der Direktor berichtet, daß die meisten freiwillig im Lager blieben; aber Frau Abegg erinnert daran, daß es auch administrative Mittel gibt, unentbehrliche Arbeitskräfte zurückzuhalten.

Für die Frage einer Anpassung rotchinesischer Reformen an die in Sowjetrußland durchgeführten ist interessant, was der Direktor von Neuerungen erzählte, die 1956 in seinem Lager durchgeführt worden sind. Er gab dabei zu: „Das gibt es vorläufig nur hier, noch nicht in ganz China.“

Tsing-ho scheint ein Versuchs- oder Musterlager zu sein. — „Daß jedoch die Familien der Sträflinge auf der Farm leben können und unter diesen auch ‚Aktivisten‘ vorhanden sind, das gibt es auch anderswo. Die Sträflinge können am Wochenende und an den Feiertagen außerhalb der Lager bei ihren Familien übernachten.“ Die Aktivisten hat Frau Abegg nicht gesehen, da sie sich gerade auf einer Sträflings-Aktivisten-Konferenz in Peking befanden. Die Arbeitszeit betrage im Sommer bis zu zwölf, im Winter aber nur vier Stunden. Dementsprechend seien für die Fortbildung, womit nicht nur das Erlernen von Lesen und Schreiben, sondern vor allem auch der politische Unterricht gemeint ist, im Winter vier Stunden täglich, im Sommer aber nur eine angesetzt. „Fast alle chinesischen Gefangenen leben lieber in solchen Lagern als in Gefängnissen.“

Anläßlich eines Interviews, das später ein Professor der Pekinger Rechtsschule der Korrespondentin gegeben hat, wurde ihr die Grundidee der „Reform durch Arbeit“, so wie das Regime *Maos* sie darzustellen wünscht, entwickelt. Der Chinese weigerte sich aber strikt, eine Antwort auf die Frage zu geben, wie viele Zwangsarbeiter es in seinem Lande gäbe und wie groß die Zahl der Lager sei. Frau Abegg folgert: „Dieses anhaltende totale Schweigen kann den objektiven Beobachter natürlich nur mit Mißtrauen erfüllen. Es erscheint als Beweis dafür, daß die chinesische Regierung das Zwangsarbeitssystem zu verewigen gedenkt und daß es ihr ebenso sehr auf billige Arbeitskräfte wie auf »Reform durch Arbeit« ankommt.“ Ihre Nachforschungen führten sie zu dem Schluß, daß die Zahl der Gefangenen und Zwangsarbeiter nicht abgenommen hat, denn sie bedeuteten eine wirtschaftliche Notwendigkeit für den erstrebten Aufbau Chinas. „Ein ehrgeiziger Staat, der nur geringe Mittel besitzt und ausländische Anleihen grundsätzlich ablehnt, ist auf die Ausbeutung weiter Volksschichten angewiesen, besonders wenn, wie heute noch im rückständigen China, Maschinen durch billigste Menschenkraft ersetzt werden müssen.“

Dies ist wohl einer der vernünftigsten und realistischsten Schlüsse, die angesichts der verzerrenden Propaganda und der schwer durchschaubaren Situation gezogen werden können.

Frau Abegg hält die westliche Schätzung, wonach es 20 bis 25 Millionen chinesischer Zwangsarbeiter gibt, für übertrieben. Sie ist beeindruckt vom Elend der untersten Kategorien, erkennt aber an, daß es den „leichteren Fällen“ besser geht, und konstatiert gewisse Bemühungen „von oben“, die Zustände in dieser oder jener Hinsicht zu humanisieren. Neben der Tendenz zum Humanisieren ist freilich auch die Gefahr eines Verewigens des Zwangsarbeitersystems für die Dauer der wirtschaftlichen Aufbauarbeit zu vermerken. Besonders wenn sich bei der Kollektivierung der chinesischen Agrarwirtschaft Rückschläge ergeben sollten, wird der Staat nach der Voraussage Lilly Abeggs „durchgreifen“. Das dürfte bedeuten, daß sich in die Elends- und Halbelendsheere der „blauen Ameisen“ neue Scharen einreihen.

Diese Beobachtungen sind für den internationalen Fortschritt auf arbeitsrechtlichem Gebiet wichtig, weil sich jetzt bereits erkennen läßt, daß die Abschaffung der Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion begleitet ist von der Gründung von „Erziehungskolonien“, deren Insassen auch künftig und nach dem Inkrafttreten der Zwangsarbeitskonvention von 1957 unfreiwillige Arbeit leisten müssen. Die Systeme solcher Arbeitserziehungskolonien in Rußland und China dürften mit der Zeit aufeinander abgestimmt werden. Voraussichtlich wird das Internationale Arbeitsamt noch häufig Gelegenheit haben, sich mit ihnen zu befassen.

Niemals sollte, wer aus der Ferne versucht, sich einen globalen Überblick über das Zwangsarbeitswesen zu verschaffen, vergessen, daß Ostasien nicht Europa ist. Gerade die amerikanische Öffentlichkeit hat im Jahr 1949, als *Tschiang Kai-schek* noch nicht vom chinesischen Festland geflohen war, über das Zwangsarbeitsproblem erstaunliche Lektionen bekommen. Damals entdeckten die amerikanischen Besatzungsbehörden in Japan, daß direkt unter ihren Augen, auf einer Großplantage bei Tochigi, 4000 japanische Jungen im Alter von 11 bis 16 Jahren in regelrechter Zwangsarbeit gehalten wurden. In diesen traurigen Sklavenhandel mit Minderjährigen war sogar ein hoher Beamter des von den Amerikanern nach 1945 gründlich „gesäuberten“ japanischen Arbeitsministeriums verwickelt. Die Zeitung „Tokio Shimbun“, die zuerst öffentlich auf den Fall zu sprechen kam, stellte fest, daß diese Form von Zwangsarbeit in Japan leider einer jahrhundertalten Tradition entspreche. Sie passe zwar nicht mehr in die neueste Zeit und in das demokratisierte Japan, aber entspreche doch gewissermaßen einem eingebürgerten Gewohnheitsrecht. An derartige, gar nicht lange zurückliegende Erkenntnisse muß man sich erinnern, wenn es darum geht, ein abgewogenes Urteil zum chinesischen Zwangsarbeitswesen und den Versuchen zu seiner Verbesserung zu gewinnen.

Dr. Sigurd Paulsen